

Vorort

Zeitung für das andere Vaihingen

www.vorort-vaihingen.de

Geschenke, die keiner haben will ?

Wohin mit der U 12 ?

Vom Hauptbahnhof über das noch nicht vorhandene Europaviertel in den Hallschlag und später weiter bis nach Remseck soll die neue Stadtbahnlinie U 12 verkehren. Und weil jede Stadtbahnlinie zwei Enden braucht, soll sie auf der anderen Seite vom Wallgraben durch das Gewerbegebiet Vaihingen/Möhringen in den Dürrlawang fahren. Dort aber scheint sie kaum jemand haben zu wollen.

Enttäuscht verließ SSB-Chefplaner Volker Christiani den Informationsabend, bei dem er der Dürrlewanger Bevölkerung mit der neuen Stadtbahn eine Freude hatte bereiten wollen. Von den über 150 Anwesenden zeigte sich aber kaum einer an einer Stadtbahnhaltestelle in Dürrlawang interessiert. Im Gegenteil. Die meisten sahen darin mehr Nach- als Vorteile. Etwa den, dass bei der 1,1 km langen Strecke ein beträchtlicher Teil der veranschlagten 20 Mio. Euro Baukosten für drei riesige Kreisverkehrsanlagen verbaut wird. Die, so Christiani, würden den Autoverkehr sogar zügiger als jetzt fließen lassen. Dummerweise vor allem auf seinen nicht gewollten Schleichwegen entlang des Wallgrabens und durch Dürrlewanger und Rohrer Wohngebiete.

Deshalb wurde auch ein nennenswerter Umsteigeeffekt vom Auto auf die Stadtbahn bezweifelt. Mit 6.000 Fahrten ins und aus

dem Gewerbegebiet rechnet die SSB auf der neuen Linie. Wieviele davon bereits jetzt vorhandene öffentliche Verkehrsmittel benutzen, konnte Christiani nicht genau sagen. Er vermutet, dass etwa 350 Beschäftigte neu umsteigen würden. Bei 28.000, von denen derzeit etwa 75%, also 21.000 mit dem Auto kommen, nicht gerade beeindruckend. Und von den 800, die vom Dürrlawang aus die Linie benutzen sollen, dürften die meisten schon jetzt mit Bus und S-Bahn unterwegs sein.

Wenn die SSB etwas zur Verbesserung des Nahverkehrs tun wolle, so lieber die Busse auch abends etwas häufiger führen und besser auf die S-Bahnen in Rohr und Vaihingen abstimmen, meinten die Dürrlewanger. Auch würden niedrigere Fahrpreise sicher mehr Umsteiger bringen. Dafür, konterte Christiani, gebe es halt leider keine Landeszuschüsse.

Warum man bei einem Projekt für die Bevölkerung, diese nicht



einfach frage, ob sie es haben will, wollte eine Bürgerin wissen. Christiani und Bezirksvorsteher Meinhardt erklärten, dies sei nun mal in unserer Demokratie nicht vorgesehen und es gehe ja um eine langfristige Entscheidung, die auch zukünftige Bewohner betreffe und deshalb nicht nur von den heute im Wohngebiet lebenden Menschen beantwortet werden könne. Die Bezirksbeiräte Gerhard Wick (SÖS) und Ulf Hartmann (Die Linke) waren da anderer Meinung. Sie wollen den Gemeinderat nun per Bezirksbeiratsbeschluss auffordern, seine Entscheidung am Ergebnis einer Einwohnerbefragung zur Akzeptanz des Stadtbahnanschlusses auszurichten. „Wir trauen den Bürgern durchaus zu, dass sie bei entsprechender Fragestellung auch an ihre Kinder und künftige Erfordernisse denken. Vielleicht mehr als mancher Gemeinderat, der nur bis zur nächsten Wahl denkt“, vermutet Gerhard Wick.

Frohe Weihnacht

wünscht Gerhard Wick

Jedes Jahr verhungern 36 Millionen Menschen. Alle 5 Sekunden ein Kind.

Nach Berechnungen der Welternährungsorganisation (FAO) können heute Nahrungsmittel produziert werden,



um 12 Mrd. Menschen normal zu ernähren. Das Doppelte der derzeitigen Weltbevölkerung.

Am schlimmsten hungern ausge-rechnet die Nahrungsmittelproduzenten selbst. Weil im kapitalistischen Wirtschaftssystem die Produkte den Produzenten nicht gehören, müssen die Landarbeiter der armen Länder sie erst wieder auf dem Markt kaufen. Zu Preisen, die sie nicht bezahlen können, weil die infolge von Spekulation und der Verwendung von Nahrungsmitteln als Treibstoff für Autos ebenso explodiert sind wie die Gewinne der Spekulanten.

Nach einem Treffen der Staats- und Regierungschefs von 15 EU-Ländern verkündete eine sichtlich stolze Bundeskanzlerin Merkel: Wir haben soeben 1700 Mrd. Euro für die Stabilisierung der Banken mobilisiert.

Kurz darauf reduzierten die EU-Länder ihre Kredite für die humanitäre Sofort- und Entwicklungshilfe in der südlichen Hemisphäre um durchschnittlich 50%.

„Die aktuelle Weltordnung des globalisierten Finanzkapitalismus ist nicht nur mörderisch, sie ist auch absurd. Sie tötet, aber sie tötet ohne Notwendigkeit.“

(Prof. Jean Ziegler, UN-Berater)

„Energiewerke in Bürgerhand“ Schönau seit Oktober mit Energie-Komplett-Angebot

Bei den Stromrebelln gibt's jetzt auch günstig Gas

In Stuttgart kämpfen Bürgerinnen derzeit darum, ihre Energieversorgung wenigstens wieder in die Hände ihrer Kommune zu bringen. In der Schwarzwaldgemeinde Schönau liegt sie seit vielen Jahren direkt in Bürgerhand. Seit die Schönauer ihr Stromnetz selbst betreiben ist die Gemeinde nicht nur atomstromfrei, die Elektrizitätswerke Schönau (EWS) fördern auch überregional energie-sparende und umweltfreundliche Neuanlagen. Inzwischen liefern

sie bundesweit Strom aus regenerativen Quellen.

Seit Oktober bieten die Stromrebelln - der Name stammt aus den Zeiten ihrer aufreibenden Kämpfe gegen die Übermacht der Atommonopole - auch die Versorgung mit Erdgas an.

Dass sie dabei sogar billiger sind als Energieriesen wie EnBW, mag u.a. daran liegen, dass sie keine Aktionäre haben, die maximale Dividenden sehen wollen und auch keinen Vorstandsvorsitzenden mit

5 Millionen Jahresgehalt.

Jede in Stuttgart kann sich so auch schon vor der Gründung eigener Stuttgarter Stadtwerke aus den Klauen der EnBW befreien. Der Gaswechsel ist einfach: eine Mail an info@ews-schoenau.de: „ich möchte Gas von der EWS“. Schon am nächsten Tag finden Sie den Liefervertrag in ihrem Postfach, den Sie nur ausfüllen und abschicken müssen. Alles weitere erledigen die EWS.

Oder Telefonisch: 07673 - 888 50

Die neue Fraktion SÖS und Linke im Vaihinger Bezirksbeirat will mehr direkte Demokratie

SÖS und Linke im Bezirksbeirat



Neu im Bezirksbeirat: Ulf Hartmann (Linke), Gabriele Glaßmann (Stv.SÖS), Gerhard Wick (SÖS) und Erich Steffen (Stv.SÖS) n.i.B.

„Die Einwohner sollen selbst über die Gestaltung ihres Stadtbezirks bestimmen“

Mit 7,3% der abgegebenen Stimmen bei der Kommunalwahl hat das „Parteifreie Bündnis Stuttgart ökologisch sozial“ im Stadtbezirk Vaihingen das zweitbeste Ergebnis aller Stuttgarter Stadtbezirke erzielt. Nach der Bildung einer Fraktionsgemeinschaft mit der Linken (3,1%) im Gemeinderat stellen SÖS/Linke nun 2 ordentliche und 2 stellvertretende Bezirksbeiräte.

„Soziale Gerechtigkeit und nachhaltige, ökologische Wirtschafts- und Lebensweise sind keine Gegensätze, sie gehören vielmehr untrennbar zusammen“, kommentiert Ulf Hartmann (Linke) die Frage nach den Grundlagen für die Zusammenarbeit von SÖS und Linke. Auch in der Zielsetzung, die Bürger mehr an den Entscheidungen über die Zukunft ihrer Stadt zu beteiligen, gebe es völlige Übereinstimmung. So sieht es auch Fraktionssprecher Gerhard Wick (SÖS), der dem Vaihinger

Bezirksbeirat bereits von 1978 bis 1998 angehört hatte. Sein Vertreter, Erich Steffen, hält die Übertragung von Entscheidungen an die im Stadtbezirk lebenden Bürgern für eine wichtige Voraussetzung für eine längst überfällige soziale und ökologische Neuorientierung: Weg vom rein quantitativen Wachstumsdenken, das er als Ursache sowohl der aktuellen wirtschaftlichen als auch der ökologischen Krise sieht, hin zu einer nachhaltigen Verbesserung der Lebens- und Umweltqualität.

Dieses „Umdenken“ wollen SÖS und Linke auch im Bezirksbeirat Vaihingen voranbringen und plädieren für eine grundlegend andere Verkehrs- und Baupolitik. Nicht jeder Investorenwunsch darf ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Bevölkerung und die Schäden an unseren Lebensgrundlagen erfüllt werden. „In einer Ortsmitte, die mehr einer Verkehrsinsel als einem öffentlichen Raum gleicht, wird sich kein Mensch länger als nötig aufhalten“, sagt Gerhard Wick und hält eine autofreie Zone mindestens zwischen Schillerplatz und Schwaben-Galerie für notwendig und machbar.

Auch was die weitere Bautätigkeit angeht, seien in Vaihingen inzwischen die Grenzen eines noch zu verantwortenden Flächenverbrauchs überschritten. Statt Bauplänen sei jetzt eine Freiflächenplanung geboten.

„Die Wende zu einer nachhaltigen und an der Daseinsvorsorge für alle Einwohner ausgerichteten Stadtpolitik wird aber wohl nicht aus dem Rathaus kommen, gibt Gabriele Glaßmann (SÖS) zu bedenken. Sie kann nur von den Menschen in den Stadtbezirken selbst bewirkt werden. „Wir werden deshalb alle bestehenden Möglichkeiten nutzen, die Einwohner des Stadtbezirks selbst zu Wort kommen zu lassen und alles dafür tun, dass die bisher geringen Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger ausgeweitet werden“, erklären die neuen Bezirksbeiräte. Dazu gehöre auch, dass endlich die Wahlversprechen der Gemeinderäte eingelöst werden und die Bezirksbeiräte zu direkt gewählten Stadtbezirksvertretungen mit weitgehenden Entscheidungskompetenzen und eigenem Haushalt werden.

Klar bin ich im Mieterverein!



Jasmin Lord
Schauspielerin

Der Mieterverein hilft Ihnen bei allen Mietproblemen.

0711 - 21 01 60

Beratungsstellen auch in Bernhausen und Rohr

www.mieterverein-stuttgart.de

DMB
MIETER
VEREIN

70182 Stuttgart
Moserstraße 5

Damit Sie Bescheid wissen:

VorOrt-Infodienst
kostenlos abonnieren

einfach eine Email an vorort-vaihingen@arcor.de mit dem Betreff „Infodienst“ senden.

BOOKS & MORE

English Books, Audio Books and Movies
www.herbstreuth.de

Ständig Lagerverkauf stark reduzierter Resttitel

Verlag Herbstreuth

Handwerkstr. 50 · Mo. - Fr. 9-17 Uhr · Tel. 0711-780 28 73

ORSO | Bautechnik und Wärmedämmtechnik

Innenbau · Dachausbau · Wärmedämmung · Fenster · Türen · Dachfenster

Der Dachausbau bietet eine preiswerte Erweiterung der Wohnflächen. Und mit einer guten Wärmedämmung sparen Sie teure Heizenergie.

Wir beraten Sie gerne. Rufen Sie uns an.

(0711) 657 25 98

Besichtigung, Beratung und Angebot kostenlos und unverbindlich!

Unsere Leistungen für Sie:

Innenbau, Dachausbau, Fenster und Türen, Wärmedämmung, Dachfenster, Schalldämmung, Bodenbeläge, Ladenbau, Trockenbau, Malerarbeiten, Einbaumöbel.

Verkauf von natürlichen Bau- und Dämmstoffen.

ORSO GmbH · Dieselstr. 26 · 70771 L.-Echterdingen · Fax (0711) 657 29 02 · www.orso-gmbh.de



Ki und Aikido

Dojo Stuttgart

Unterricht für Kinder und Erwachsene

Info: 678 78 25

www.ki-aikido-stuttgart.de



Grünschnabel

Naturkost & Naturwaren

Sigmundtstr 1 · 70563 Stuttgart-Vaihingen · T 0711-735 25 02

Palermo am Main: Finanzbehörde lässt Steuerfahnder für verrückt erklären

Wie in Frankfurt Banken gerettet werden

Über eine Milliarde Euro an hinterzogenen Steuern von Großverdienern haben Frankfurter Steuerfahnder bis 2001 dem Fiskus zurückgeholt. Dafür erhielten sie viel Lob und beste Beurteilungen. Unter anderen hatten die Deutsche Bank und die Commerzbank Gelder reicher Kunden über Transferkonten anonym ins Ausland geschafft. Streng illegal. Und es war nur der Anfang. In den Amtsstuben der Frankfurter Steuerfahnder lagerte noch kistenweise beschlagnahmtes Bankenmaterial als sie eine Amtsverfügung erhielten, die ihrem Tun ein jähes Ende setzte.

Im Sommer 2001 trafen sich Vertreter der Deutschen Bank mit der hessischen Finanzbehörde. Auch Abgesandte des seit kurzem in CDU-Hand liegenden Finanzministeriums sollen an dem Gespräch teilgenommen haben. Über den Inhalt der Unterredung wurde nichts bekannt. Kurz darauf allerdings erhielten die Frankfurter Fahnder vom Leiter des Finanzamts die Dienstanweisung, dass künftig ein Anfangsverdacht nur noch ab einem belegbaren Transfervolumen von 500.000 DM bestehen solle. Auch dürfe bei nachgewiesenen, aber verjährten Steuerergehen von Banken, für die folgenden Jahre nicht weiter ermittelt werden. Die gewissenhaften Steuerfahnder wussten sofort, was dies bedeutete. Auf die Spur von illegal ins Ausland verbrachten Millionenbeträgen waren sie oftmals nur über „kleine“ Fehler, wie die unbedachte Überweisung von Depotgebühren vom Privatkonto nach Liechtenstein, gekommen. Diese Einzelbeträge von oftmals nur ein paar tausend Euro durften

nun aber nicht mehr Anlass für weitere Ermittlungen sein. In einem ausführlichen Schreiben wiesen die Fahnder auf diese Sachverhalte hin und fordern die Rücknahme der Weisung. Auch die Frankfurter Staatsanwaltschaft protestierte gegen die Verfügung.

Eine Antwort erhielten beide nicht. Dafür wurde gegen Rudolf Schmenger, einen der engagiertesten Beschwerdeführer, wegen Nichtigkeiten ein disziplinarisches Vorermittlungsverfahren eingeleitet.

In einem Fax des Behördenleiters an die Oberfinanzdirektion zur „Lösung der Personalangelegenheit Schmenger“ findet sich später der Satz: „außerdem sollten die von einer zu findenden Lösung ausgehenden Signale in den Bereich der Fahnder/innen nicht unterschätzt werden“. Jeder verstand, welcher Art die Signale waren: „Haltet still, sonst geht's euch wie dem“.

Und dem ging es so: Versetzung zur Abteilung Betriebsprüfung, der Zugang zu seinen laufenden Ermittlungsdaten wird

ihm gekappt. Und er ist nicht der einzige, dem es so ergeht. Die 70 Kolleginnen und Kollegen sind empört. 50 von ihnen holen anwaltlichen Rat und verfassen einen Brandbrief an Ministerpräsident Koch, der jedoch nie abgeschickt wird, weil die meisten Angst haben. Der Brief entfaltet dennoch Wirkung, wenn auch nicht die gewünschte: Zum Jahreswechsel 2004/05 wird die Steuerfahndung Frankfurt V ganz aufgelöst. Eine landesweite Umstrukturierungsmaßnahme, wie es heißt, die aber dann seltsamerweise doch nur in Frankfurt zur Anwendung kommt.

Die „Kritiker“ werden in die „Servicestelle Recht“ versetzt. Eine Abteilung ohne Chef und Ausstattung, in der es absolut nichts zu tun gibt. Schmenger und seine Kollegen versuchen alles, schreiben Einsprüche und Petitionen, bewerben sich auf andere Stellen, klagen gegen ihre Versetzung. Ihre Schreiben verschwinden auf unerklärliche Weise auf dem Dienstweg. 2006 erhalten fünf der sich immer noch nicht fügenden die

Aufforderung, sich medizinisch begutachten zu lassen. An Ort und Stelle wartet kein Amtsarzt, sondern der Psychiater T. Holzmann. Und der attestiert Schmenger und seinen Kollegen nahezu gleichlautend dauerhafte Dienstunfähigkeit wegen nicht behandelbarer paranoid-querulatorischer Charaktereigenschaften“ und „chronischen Anpassungsstörungen“.

Der Menschenrechtsbeauftragte Gierrth kommentiert den Fall später so: „Es ist wie in einer Diktatur - wer nicht spurt, bekommt einen Termin beim Psychiater“.

Schmenger und seine Kollegen wurden zwangspensioniert.

Der Psychiater wurde jetzt, drei Jahre später, vom Verwaltungsgericht Gießen zu einer Geldstrafe wegen „unzureichender Gutachten“ verurteilt. Ein Strafverfahren wegen des Verdachts der Ausstellung von Gefälligkeitsgutachten läuft noch.

Schon 2008 - Schmenger und seine Kollegen sind als „Geistesgestörte“ längst im vorzeitigen Ruhestand - wollte der SPD Landtagsabgeordnete Kahl während des Wahlkampfes in einer Anfrage wissen, was aus den 326 Kisten Lichtensteiner Steuerakten geworden ist, die die Frankfurter Steuerfahnder noch vor ihrer Kaltstellung aus den Banken geholt hatten.

Die Antwort des Finanzministers: Alle abgearbeitet - mit durchschnittlich 208 Euro Steuermehreinnahmen pro Fall.

Stadthaushalt: SÖS und Linke zeigen Alternativen zum Sparen an den falschen Stellen

Aufhören, ein krankes System zu managen

Die Stuttgarter Sparstadträte von CDU bis Grüne scheinen die Wirtschaftssystemkrise für eine Art Naturkatastrophe zu halten, die jetzt halt mal wieder zu mageren Jahren zwingt. Vor allem für die ohnehin schon Abgemagerten. Dass die großen Sparer in der Not - auch die Grünen haben für Schusters Haushaltssperre gestimmt - die Krise selbst mit erzeugt haben und nun gerade so weiter machen wollen, als seien sie schon immer auf dem richtigen Weg, kritisierte in seiner Haushaltsrede Hannes Rockenbauch von SÖS und Linke.

Eine große Koalition der finanzpolitischen Vernunft hatte der Stadtkämmerer angemahnt. Anlass für den Sprecher der Fraktionsgemeinschaft SÖS und Linke in seiner Haushaltsrede an die „Ruhmestaten“ der letzten großen Koalitionen dieser Art von Vernunft zu erinnern:

Zum Beispiel ihre Cross Border Leasing - Geschäfte. Immer noch steckt die Stadt mit Millionen in diesen dubiosen, in den USA längst als illegal erklärten Verträgen. Oder den kompletten

Verkauf der Energie- und Wasserversorgung, mit dem dieser Gemeinderat fast einstimmig einen zentralen Bereich unserer Daseinsvorsorge verscherbelte, um sich mit dem Erlös an den Fi-

„Deswegen werden wir auch nicht darüber schweigen, welchen Beitrag diese reiche Landeshauptstadt zur Krise auf den Finanzmärkten und zur Katastrophe beim Klima selber geleistet hat.“

Hannes Rockenbauch

alles noch frei verfügbare Vermögen dieser Stadt (980 Mio) in die

Rettung der durch diese Spekulationsgeschäfte marod gewordenen LBBW gesteckt.

Den Höhepunkt der Unbelehrbarkeit sieht Rockenbauch allerdings im Festhalten an S 21: „Sie bunkern 200 Mio. für Stuttgart 21 und lassen unsere Schulen verrotten. Was hat das mit Vernunft zu tun?“

Anstelle nun den Rotstift im Sozialbereich, bei Bildung und Zukunftsinvestitionen anzusetzen, verlangt die Fraktionsgemeinschaft SÖS/Linke eine grundlegende Umstrukturierung des Haushalts. „Wir müssen heute

und mit diesem Haushalt endlich aufhören, die Symptome eines kranken Systems nur noch zu verstärken oder bloß zu managen.“ Das heißt: wir brauchen einen alternativen Haushalt, der die Weichen stellt für eine Produktions- und Lebensweise, die ohne Ausbeutung von Natur und Mensch auskommt:



Dafür müssen eigene Stadtwerte aufgebaut werden, der öffentlichen Nahverkehr ausgebaut und zum Nulltarif angeboten werden. Das Geld dafür ist da, es steckt derzeit nur in wenig zukunftsfähigen Kapitalanlagen wie in der LBBW, der Messe, dem Flughafen und Stuttgart 21.

Die Haushaltsrede von H. Rockenbauch und sämtliche Einzelanträge von SÖS/Linke: www.s-oe-s.de

